

Gedenkrede Kiel

Vor 80 Jahren, in den ersten Maitagen 1945, wurde das Lager Nordmark befreit. Für KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter bedeutete dieser Tag die Gewissheit, nicht mehr sterben zu müssen. Viele sprechen deshalb vom Kriegsende und ihrer Befreiung als ihrem „zweiten Geburtstag“.

Deutschland tat sich lange schwer mit dem Begriff der „Befreiung“. Erst die Rede Richard von Weizsäckers am 8. Mai 1985 brachte die offizielle Anerkennung: Der Sieg über das NS-Regime war eine Befreiung – auch eine „von uns selbst“, von den Traditionen des Nationalsozialismus. Weizsäcker war es auch wichtig, dem Anderen zuzuwenden und dessen Leid anzuerkennen.

Ein Teil dieses Leids blieb jedoch lange unbeachtet: die Opfer aus dem östlichen Europa. Ihr Weg ins deutsche Gedächtnis war besonders schwer – einerseits, weil sie hinter dem Eisernen Vorhang verschwanden, andererseits, weil ihr Schicksal eine unbequeme Wahrheit berührt: Viele Deutsche wussten von den Verbrechen, unterstützten sie – und profitierten von der Zwangsarbeit.

Mein Anliegen heute ist, die Verbindung des heutigen Ortes – Kiel – zu Zwangsarbeit und zur Kriegsführung im Osten sichtbar zu machen. Besonders richtet sich der Blick auf das sogenannte „Reichskommissariat Ostland“: die heutigen Staaten Estland, Lettland, Litauen und Teile von Belarus, verwaltet unter anderem von Beamten aus Schleswig-Holstein.

Gerade hier begann der Holocaust früher als anderswo in der Sowjetunion. Schon im Juli 1941 starteten systematische Erschießungen jüdischer Zivilisten. Das Baltikum wurde zum Testgelände des Holocaust.

Warum war das so?

Hitler plante den Krieg als Raub- und Vernichtungskrieg, bei dem der Tod von Millionen Menschen bewusst einkalkuliert war. In der rassenideologischen Logik des Regimes wurde ganzen Bevölkerungsgruppen das Lebensrecht abgesprochen. Für Hitler war der Osten „wüst und leer“ – die dortige Bevölkerung sollte kolonisiert, ausgebeutet, vertrieben oder vernichtet werden.

Diese Lebensraumpolitik verband sich mit radikalen Beutefantasien und dem Kampf gegen die „Todfeinde“ –Juden und „Bolschewisten“, wobei zwischen den beiden kein Unterschied gemacht wurde: Der „jüdische Bolschewismus“, eine neue Spielart des Antisemitismus, war *das* Feindbild, mit dem Wehrmacht im Juni 41 in die SU einmarschiert. Die ersten besetzten Gebiete sind die heute unabhängige Staaten Lettland, Litauen und Estland – damals keine selbständigen Angriffsziele, sondern Durchgangsgebiete auf dem Weg nach Leningrad und Moskau. Der Feind – der sowjetische Staat – muss laut der Planung Barbarossa schnell in einem Blitzkrieg besiegt werden. Jeglicher Widerstand – ob real oder nur vermutet – wurde brutal unterdrückt.

LIEPAJA

Ich möchte Sie nun mitnehmen nach Libau – heute Liepāja – eine Hafenstadt an der lettischen Ostsee.

Die Stadt war ein bedeutender Stützpunkt der sowjetischen Ostseeflotte und leistete fast eine Woche lang erbitterten Widerstand gegen die deutschen Angreifer. Kurz nach der Eroberung gerieten sowjetische Jüdinnen und Juden ins Visier. Man beschuldigte sie pauschal, für Hinterhalte und Sabotage verantwortlich zu sein.

Der Wehrmacht folgte das Einsatzkommando 1a – mit dem ausdrücklichen Auftrag, mit „rücksichtslosestem Vorgehen“ gegen die jüdische Bevölkerung vorzugehen. Die lettische Polizei unterstützte dieses Vorgehen aktiv.

Edward Alperovich, ein Überlebender aus Liebau, erinnert sich an die ersten Tage unter Deutschen:

„sie begannen am ersten Tag. Die vier Heeresgruppen mit fast einer Million Mann wurden von den harmlos klingenden Einsatzgruppen begleitet – mit jeweils 700 bis 1000 Mann, die aus der SS und ihren Verbündeten stammten. In kleinere Einsatzkommandos (EK) aufgeteilt, sollten sie die besetzten Gebiete von „gefährlichen oder rassisch unerwünschten Elementen“ säubern. Mein Cousin, Aron Freinkel, achtundzwanzig Jahre alt, ein Klavierspieler im Hotel St. Petersburg, war an diesem Nachmittag zur Arbeit gegangen, ohne zu wissen, dass die EKs gerade eingeeckelt hatten. Einer der SS-Männer merkte, dass Aron fließend Deutsch sprach (wie viele Juden aus Westlettland), und fragte ihn – sehr höflich, wie mir erzählt wurde –, ob er Jude sei. Als Aron dies bejahte, zog der SS-Mann seine Pistole und erschoss ihn aus nächster Nähe. Arons 22-jährige Ehefrau Isa, die er gerade erst geheiratet hatte, war zu diesem Zeitpunkt im Hotelkeller und wusste nicht, was geschehen war, nur dass Aron verschwunden war.“

Es begannen die Massenerschießungen der jüdischen Männer von Libau. Dem Garnisonskommandanten Hans Kawelmacher – ein Jurist aus Eckernförde – ging das jedoch nicht schnell genug. Bereits wenige Tage nach Dienstantritt beschwerte er sich im Juli 1941 beim Kommandierenden Admiral der Ostsee, die SS brauche zu lange. Es könne, so wörtlich, „ein ganzes Jahr dauern“, bis alle Juden getötet seien. Er forderte Verstärkung: hundert SS-Männer und fünfzig Ordnungspolizisten, um – ich zitiere – eine „schnelle Lösung des jüdischen Problems“ zu erreichen.

Diese wurde ihm gewährt. Innerhalb weniger Tage kamen Busse mit lettischen Kommandos, erschossen 1.050 jüdische Männer – und fuhren wieder ab.

Bis heute erinnern sich die Überlebende an diese Busse – sie waren blau. Denn sie stammten ursprünglich aus Schweden, aus dem öffentlichen Nahverkehr. Sie wurden zu berüchtigten Hinweisen, dass ein Massaker bevorstand.

Die Wehrmacht und Marine wussten Bescheid – und sahen zu. Sie waren teils sogar schaulustige Zeugen. Filmaufnahmen des Marinefeldwebels Reinhard Weber belegen das. Er filmte die öffentlichen Demütigungen und Erschießungen – direkt an den Stränden von Liepāja. Seine Aufnahmen sind heute ein zentrales Dokument des Holocaust – und in vielen Gedenkstätten zu sehen.

Diese Morde geschahen nicht im Verborgenen. Sie geschahen mit Wissen, mit Gleichgültigkeit – und mit innerer Zustimmung. Denn die NS-Propaganda hatte den Opfern ihr Menschsein abgesprochen. Sie galten als „Bestien“, als „Untermenschen“. Der Mord wurde zur soldatischen Pflicht erklärt – als eine Art „Reifeprüfung“ für Männlichkeit und Kameradschaft.

Die einzige Sorge, die sich mancherorts zeigte, galt nicht den Opfern – sondern der Psyche der Täter.

So notiert sich ein Angehöriger der Kriegsmarine am 15. Juli 41:

„Immer spielt sich das gleiche ab, eine Sache von Sekunden, so routiniert geht das. [...]

Langsam zerstreut sich alles. Wie mag es in dem Innern der Schützen aussehen? Abend für Abend diese Arbeit, das kann nur etwas sein für Leute, die von Natur Nerven wie Stahltaue besitzen.“

Auch gegenüber dem Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen im Herbst und Winter 41/42 in den Gefangenenlagern des besetzten Baltikums herrscht Gleichgültigkeit gepaart mit antimenschlichem Hass gegen den russischen „Untermenschen“.

Ein Kieler Soldat schreibt im Juli 41 an seine Eltern:

„10.7.41. L[iebe] E[ltern]. ... Bei Heidekrug kamen wir an einem Gefangenenlager von 50.000 Russen vorbei. Sie liegen auf einer Wiese, die mit Stacheldraht umzäunt ist. Es kam gerade ein neuer Transport an, und die Russen fuhren mit einem höllischen Grinsen an uns vorbei. Es sind die richtigen Untermenschen. [...]"

Bis Ende 1941 waren etwa zwei Millionen sowjetische Kriegsgefangene verhungert. In der Geschichtsschreibung gilt ihr gezieltes Sterbenlassen als einer der größten Verbrechenskomplexe der Wehrmacht.

In der ersten Phase des Holocaust – zwischen Juni und August 1941 – richtete sich die Gewalt vor allem gegen jüdische Männer. Sie wurden als vermeintliche Bolschewisten oder kommunistische Partisanen verhaftet und erschossen.

Mit der Übernahme der Zivilverwaltung durch das Deutsche Reich im Herbst 1941 begann eine neue, noch grausamere Phase: Nun wurden auch jüdische Frauen und Kinder systematisch ermordet.

Eine zentrale Rolle in dieser Verwaltung spielten Beamte aus Schleswig-Holstein. Hinrich Lohse, Oberpräsident von Schleswig-Holstein, wurde zum Reichskommissar für das sogenannte „Ostland“ ernannt. Otto-Heinrich Drechsler, der Bürgermeister von Lübeck, regierte als Generalkommissar über Lettland. Walter Alnor, Landrat von Eckernförde, wurde Gebietskommissar von Libau.

Ihr Auftrag war klar: Die besetzten Gebiete sollten „Teil des Großdeutschen Reiches“ werden – die Ostsee ein deutsches Binnenmeer. Dieser „Lebensraum im Osten“ war für zukünftige Generationen aus Schleswig-Holstein vorgesehen. Der erste Schritt auf diesem Weg – so die NS-Führung – sei die „radikale Behandlung“ der jüdischen Bevölkerung. Gemeint war damit nichts anderes als ihre Ermordung.

Und wieder ist es Libau, das zum Schauplatz eines Massakers wird.

Vom 15. bis zum 17. Dezember 1941 ermordeten der SD und seine lokalen Helfer – insbesondere die sogenannte *Arajs-Brigade* – am Strand von Šķēde 2.749 jüdische Männer, Frauen und Kinder. Es war eine der größten Erschießungsaktionen im Baltikum.

Edvard Alperovitsch erinnert sich: *„In Gruppen von zwanzig wurden die Juden aus Liepāja gezwungen, sich auszuziehen und sich an der Seite einer Grube im Sand aufzustellen, während ein Erschießungskommando von hinten das Feuer eröffnete. Das Letzte, was sie sahen, war das bittere Aufschlagen der winterlichen Wellen am Ufer.“* Er wurde als Kind mit seinem Bruder Georg auch zur Erschiessung abgeholt. Sie sahen Gruppen von Juden aus Liepāja, die zum Strand marschierten, zu den rollenden Dünen von Šķēde. Die Jungen flehten einen deutschen Wachmann an, sie gehen zu lassen; sie zeigten ihm ihre Pässe und sagten, dass sie nur halb jüdisch seien. *„Er starrte uns fünf lange Sekunden an“* (vermutlich ging er gedanklich eine Liste jüdischer rassischer Merkmale durch), *„und wies uns dann mit einem einzigen Wort ab – ‚geht‘“*, erinnert sich Alperovitch.

Diese Erschießungen sind berühmt-berüchtigt – wegen der Fotografien, die von Gestapo-Männern selbst aufgenommen wurden.

Diese Bildserie gehört heute zu den ikonischen Zeugnissen des Holocaust. Sie zeigt Frauen und Kinder – oft nur teilweise bekleidet oder nackt. Auf manchen Bildern erkennt man das Entsetzen in den Gesichtern der Kinder. Andere zeigen den Ort der Erschießung selbst: das Massengrab, bereits gefüllt mit Leichen, während weitere Menschen, darunter auch Kinder, auf ihren Tod warten.

Diese Aufnahmen sind eine äußerst seltene Quelle – und sie sind nur durch Zufall erhalten geblieben.

Der jüdische Elektriker David Zivcon fand die Fotos im Haus eines Gestapo-Angehörigen, zu dem er wegen Reparaturarbeiten gerufen worden war. Er ließ heimlich Kopien anfertigen und versteckte sie in einer Metallbox auf einer Baustelle. Zivcon überlebte den Krieg – und übergab die Bilder der sowjetischen Armee. Sie wurden 1959 veröffentlicht.

Diese Bilder sind schwer zu ertragen – sie stellen uns auch heute noch vor schwierige ethische Fragen im Umgang mit visuellen Zeugnissen von Gräueltaten. Und doch sind sie für Überlebende wie Edward Alperowitsch von unschätzbarem Wert: um Angehörige aus Libau zu identifizieren, aber auch, um einen unwiderlegbaren Beweis zu liefern.

Denn sie zeigen: Es ist tatsächlich geschehen.

Ein visuelles Zeugnis des Holocaust – für alle, die es bis heute leugnen.

Bis Ende 1941 sind die meisten Jüdinnen und Juden im Baltikum ermordet. Die wenigen Überlebenden werden als Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegsindustrie ausgebeutet.

RIGA

Wir verlassen nun Liepāja und wenden uns Riga zu – dem Verwaltungszentrum des Reichskommissariats Ostland und dem Amtssitz von Hinrich Lohse.

In Riga befand sich auch das Ghetto, in das rund 30.000 Jüdinnen und Juden aus der Stadt gezwungen wurden – eingepfercht in heruntergekommene Häuser, auf engstem Raum. Ihre früheren Wohnungen wurden Deutschen und Letten überlassen, das Mobiliar geplündert.

Ein Befehl des General-Kommissars Otto Drechsler untersagte es den jüdischen Bewohnern, das Ghetto zu verlassen. Nur unter Bewachung durften sie zum Arbeitsplatz – und mussten ebenso bewacht wieder zurückgeführt werden. Betriebe, die Ghetto-Häftlinge einsetzten, waren verpflichtet, diese Transporte zu organisieren.

Ende Oktober 1941 wurde das Ghetto vollständig abgeriegelt. Die Lebensbedingungen waren katastrophal: Hunger, Krankheiten – und ständige Angst. Angst vor sogenannten „Aktionen“ – bei denen Geiseln erschossen oder nicht arbeitsfähige Menschen willkürlich ausgewählt und in den nahegelegenen Wald von Bikernieki gebracht wurden.

Dort wurden sie von lettischen SS-Männern unter Aufsicht der deutschen SS erschossen.

Frida Frid, eine Schneiderin aus dem Rigaer Ghetto erinnerte sich an die erste Aktion, die am 30. November 41 stattfand.

„Im Wald von Bikernieki waren bereits acht riesige Gruben ausgehoben worden. Sobald die Kolonnen eintrafen, wurde allen befohlen, sich auszuziehen. Die Stiefel mussten in einem Haufen, die Galoschen in einem anderen gesammelt werden. Der deutsche Offizier schlug mich mit der Pistole auf den Kopf, und ich fiel zu Boden. Ganz in der Nähe der Grube, in die die Toten geworfen wurden. Ich drückte mich an den Boden und versuchte, mich nicht zu bewegen. Nach einer halben Stunde hörte ich jemanden auf Deutsch rufen: „Die Stiefel hierherlegen!“ Inzwischen war ich schon ein Stück zur Seite gekrochen. In diesem Moment begann man, irgendetwas nach mir zu werfen.

Ich öffnete ein Auge leicht und sehe: Direkt vor meinem Gesicht liegt ein Stiefel. Man bewarf mich mit Schuhen. Wahrscheinlich verschmolz mein grauer Kittel farblich mit den Schuhen, und man bemerkte mich nicht. Ich hörte die Schüsse und letzte Schreie der Menschen. (...)

Später kroch ich aus dem Schuhberg.

Ich musste in der Nacht so weit wie möglich von diesem schrecklichen Ort fortkommen.

In der Nähe bemerkte ich einen Haufen von Bettlaken, in denen Mütter ihre Säuglinge gebracht hatten...

Ich stieß auf einen Bettbezug, wickelte mich darin ein und kroch davon. (...)

Nur eine Woche nach der ersten großen Mordaktion wurde angekündigt, dass das sogenannte „große Ghetto“ von Riga „deportiert“ werde.

In diesem Fall ging es um einen Euphemismus: Deportation stand für Ermordung durch Erschießung.

Am Abend des 9. Dezember 1941, bei minus 20 Grad, erhielten die verbliebenen Ghetto-Bewohner den Befehl, sich zur „Evakuierung“ bereitzuhalten. In Wahrheit wurden sie – wie schon ihre Vorgänger – in den Wäldern von Rumbula ermordet. Insgesamt 12.500 Menschen. Das Ghetto wurde „freigemacht“ – für die Deportierten aus dem Deutschen Reich. Und bereits zwei Tage später traf der erste Deportationszug aus dem Deutschen Reich ein.

Insgesamt wurden etwa 24.000 deutsche Jüdinnen und Juden nach Riga verschleppt – unter ihnen auch Menschen aus Kiel. Tausende von ihnen wurden unmittelbar nach der Ankunft im Wald von Bikernieki erschossen – wie davor lettische Juden aus Riga.

Das Rigaer Ghetto bestand nach der Ankunft der deutschen Juden noch rund ein Jahr – bis Juli 1943. Dann begann die systematische Verlagerung in Konzentrationslager. Diejenigen, die arbeitsfähig waren, wurden zur Zwangsarbeit gezwungen – zur Herstellung von Kleidung und Ausrüstung für die Wehrmacht.

Mit dem Vorrücken der Roten Armee begann die nächste Phase der Vernichtung: Die überlebenden Gefangenen wurden nach Stutthof bei Danzig deportiert – oder ins sogenannte „Reich“. Darunter auch nach Kiel – ins KZ-Außenlager Nordmark.

Bis zum Kriegsende wurden im „Reichskommissariat Ostland“ rund eine Million Menschen ermordet: Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, sowjetische Kriegsgefangene, Kommunisten, Kranke und viele andere Opfergruppen.

Die deutsche Zivilverwaltung im Reichskommissariat Ostland war nicht nur Zuschauerin, sondern aktiv beteiligt – an der Enteignung, am Raub, an der Ausbeutung.

Ein Beispiel dafür ist Friedrich Vialon, ein hoher Beamter der Zivilverwaltung. Unter seiner Leitung wurden jüdisches Mobiliar, Kunstwerke, Musikinstrumente und Bücher systematisch beschlagnahmt. In einer Weisung vom 27. August 1942 ordnete Vialon an, dass auch die „Ausnutzung der Arbeitskraft der Juden“ als angefallenes Vermögen zu gelten habe. Es waren für ihn keine Menschen, sondern nur „Arbeitskraft“.

Vialon war zudem für die sogenannte „Textilienverwaltung“ zuständig – ein harmlos klingender Begriff für den Raub der Kleidung, die nach den Massenerschießungen von den Leichen eingesammelt wurde. Es war Vialon, der den berüchtigten „Nacktbefehl“ erließ – die Anweisung, dass Erschießungsopfer sich vor ihrer Hinrichtung zu entkleiden hatten.

Die Beamten der Zivilverwaltung stimmten dieser Politik des Raubes und der Gewalt zu. Und sie profitierten davon.

Selbst einfache Mitarbeiter in den besetzten Gebieten verfügten plötzlich über Hausangestellte – lettische Zwangsarbeiterinnen. Das zeigt: Die „Stelle im Osten“ war oft mit deutlich mehr Privilegien verbunden als ein vergleichbarer Posten im Deutschen Reich.

Das war kein Zufall, sondern Teil einer Strategie: Die nationalsozialistische Führung nutzte wirtschaftliche Vorteile gezielt, um Zustimmung in der deutschen Bevölkerung zu sichern – auch, oder gerade dann, wenn die militärische Lage sich verschlechterte.

Ein Beispiel: Im Herbst 1941, als deutlich wurde, dass der Blitzkrieg in der Sowjetunion scheitern würde – als der Vormarsch ins Stocken geriet und die Einnahme Moskaus in weite Ferne rückte –, reagierte Hitler innenpolitisch.

Er erhöhte über Nacht die Renten um 15 Prozent – ohne dabei die aktiven deutschen Arbeitnehmer zu belasten. Bezahlt wurde das – indirekt – von den Zwangsarbeitern, die doppelte Sozialabgaben leisten mussten.

So sicherte sich das Regime weiterhin die Loyalität der eigenen Bevölkerung – auch als die Zahl der Gefallenen stieg und immer mehr Männer an die Front mussten.

KIEL

Wir verlassen nun Libau und Riga – und kehren zurück nach Kiel.

Kiel war eine von vielen Städten im Deutschen Reich, in der tausende Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Osteuropa zur Arbeit gezwungen wurden. Schätzungsweise zehntausend Menschen aus der Ukraine, Belarus und Russland wurden hier eingesetzt – Teil der insgesamt acht Millionen verschleppter Zwangsarbeiter im NS-Staat.

Die massenhafte Verschleppung begann im Sommer 1942 – insbesondere aus der Ukraine. Die meisten Betroffenen waren junge Frauen, denn viele Männer waren an der Front. Die „Bereitstellung von Arbeitskräften“ glich einer regelrechten Menschenjagd. Ein Jahr später, als die Wehrmacht ganze Dörfer zerstörte, wurden Jugendliche gezielt nach Jahrgängen erfasst: 15- bis 16-jährige Jungen und Mädchen wurden verschleppt, während Frauen mit kleinen Kindern und ältere Menschen als „unnütze Esser“ ermordet wurden.

In Kiel gab es rund 100 Zwangsarbeitslager. Kaum ein Betrieb kam ohne ausländische Arbeitskräfte aus – ob im Marinehafen, in den U-Boot-Werken, in Fischfabriken oder bei den Stadtwerken. Zwangsarbeiter räumten Trümmer nach Luftangriffen, schufteten an Luftschutzanlagen oder in Rüstungsbetrieben – unter widrigsten Bedingungen.

Ein besonders grausamer Ort war das Arbeitserziehungslager Nordmark, das unter der Leitung der Gestapo stand. Mindestens 600 Häftlinge starben hier – an schwerster Arbeit, an Hunger, an Misshandlungen und an Krankheiten, die durch katastrophale hygienische Zustände verursacht wurden.

Heute erinnern wir mit dem neuen Gedenkort in Kiel an dieses Lager – und an das Schicksal der Menschen, die hier litten. Besonders schwer ist es, die Geschichten der Überlebenden aus der Sowjetunion zu rekonstruieren. Die deutsche Bürokratie führte oft keine genauen Namen oder Herkunftsorte. Viele wurden pauschal als „Russen“ registriert – auch wenn sie aus der Ukraine stammten.

Hier zum Beispiel sehen wir den Namen Mikola Hintsch. Nationalität Russe, wobei der Name eindeutig ukrainisch ist, Todesursache am 21. April 45 unbekannt. Wahrscheinlich eines der Opfer der willkürlichen Erschießungen, und seine letzte Ruhestätte unbekannt. Oder die nur 18 jährige Vera Kolomoez, die an „Sepsis“ verstarb. Und in den anderen Dokumenten des Arolson-Archivs über sie lauten die Angaben „unbekannt“.

Zur letzten Phase des Lagers Nordmark führt uns der Blick zurück nach Lettland. Jüdinnen und Juden aus Deutschland, die Ende 1941 nach Riga verschleppt worden waren, kehrten – nach einer jahrelangen Leidenszeit – wieder nach Deutschland zurück. Viele von ihnen hatten Zwangsarbeit in Salaspils verrichtet, ihre Familien in den Wäldern von Bikernieki verloren. Als die Rote Armee im Februar 1945 Libau erreichte, wurden die verbliebenen jüdischen Häftlinge auf ein Lastkahn gepfercht und über die Ostsee nach Hamburg gebracht. Von dort mussten sie – zu Fuß – nach Kiel marschieren: Der berühmt-berüchtigte Todesmarsch von Hamburg-Fuhlsbüttel nach Kiel, an den Russee.

Einer von ihnen war Sigi Liering, ein jüdischer Überlebender aus Riga. Er berichtet:

„Nach vier Tagen Fußmarsch kamen wir in Kiel an. Dort kamen wir ins AEL Kiel. Es war das schlimmste Lager von allen, das wir je gesehen hatten. Eines Abends mussten wir vielleicht einen Kilometer durch den Sumpf waten – mit schweren Barackenteilen auf den Schultern. An diesem Abend wurden 35 aus unseren Reihen erschossen. Das waren die, die den Laufschrift nicht mehr schafften.“

In den letzten drei Wochen vor der Befreiung herrschte im Lager blanker Terror. Die Gestapo, mit einer Blankovollmacht ausgestattet, erschoss wahllos sogenannte „Ostarbeiter“, die sie des Widerstands verdächtigte. In wenigen Apirltagen wurden mindestens 60 Häftlinge ermordet.

Als die SS sich absetzte – in Zivilkleidung Richtung Norden – blieben die Schwächsten zurück: eingesperrt in Baracken, sich selbst überlassen.

Am 3. Mai 1945 befreiten britische Soldaten das Lager. Was sie vorfanden, war das Bild des totalen Zusammenbruchs: abgemagerte, verlauste Menschen in Lumpen – zu schwach zum Gehen oder Sprechen. Nach Bergen-Belsen war das, was sie hier sahen, nichts Überraschendes mehr.

Einige der Befreiten überlebten nur noch wenige Tage. Sie starben kurz nach ihrer Rückkehr in die Heimat. Bald darauf wurden die Massengräber in Kiel entdeckt.

Das Lager Nordmark – und das Schicksal der sogenannten „Ostarbeiter“ – waren der Kieler Bevölkerung nicht verborgen.

Die Menschen, die in der Nähe des Lagers lebten, sahen täglich die Kolonnen der Häftlinge, die durch das Haupttor gehetzt wurden. Sie sahen, wie diese zur Zwangsarbeit getrieben, geschlagen, beschimpft, geschunden wurden. Diese Szenen waren Teil des Alltags – sichtbar, hörbar, unübersehbar.

Auch die Misshandlungen, die schwere körperliche Arbeit, die völlige Erschöpfung der Menschen – all das war in Kiel kein Geheimnis. Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte – darunter viele aus der Sowjetunion und aus Polen – wurde zur Selbstverständlichkeit.

Und hier zeigt sich eine tiefere Dimension der Verantwortung: Die deutsche Gesellschaft war auch fernab der Frontlinie in den rassenideologischen Krieg eingebunden. Durch die Auswahl und Ausbeutung dieser Menschen. Durch ihre gesellschaftliche Ausgrenzung. Und oft schlicht – durch das Wegsehen.

Erinnerung

In den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg waren es vor allem die Überlebenden selbst, die sich um die Erinnerung kümmerten.

Edward Alperovitch – ein Überlebender des Ghettos und der Massenerschießungen in Liepāja – widmete sein ganzes weiteres Leben der Dokumentation der Verbrechen. Er sammelte Namen, rekonstruierte Tathergänge, forschte zu den Tätern – alles mit dem Ziel, sie zur Rechenschaft zu ziehen.

Aus eigener Kraft, mit seinem privaten Geld und seiner knappen Zeit, erstellte er eine lückenlose Chronik der Shoah in seiner Heimatstadt. Über den Dünen von Šķēde ließ er Gedenktafeln aufstellen – auf Lettisch, Russisch und Englisch.

Darauf steht: *„Wir ehren das Andenken unserer Verwandten und aller anderen Opfer, die hier vereint im Tod liegen.“*

Während Überlebende um Anerkennung und Erinnerung kämpften, herrschte in Deutschland jahrzehntelang Schweigen.

Es gab kein öffentliches Gespräch über die Rolle deutscher Beamter beim Mord und der Vernichtung „im Osten“. Der Historiker Yosef Haim Yerushalmi hat einmal geschrieben: *„Das Gegenteil von Vergessen ist nicht Erinnerung – es ist Gerechtigkeit.“*

Doch diese Gerechtigkeit bekamen die Opfer lange nicht. Die Täter schützten sich gegenseitig – und entgingen in den meisten Fällen jeder Bestrafung.

Friedrich Vialon, einer der führenden Finanzverwalter im Reichskommissariat Ostland, wurde nach dem Krieg Staatssekretär im Bundesfinanzministerium in Bonn. In den Ermittlungen erklärte er, er habe „nichts gewusst“. Auf die Frage, wo die jüdischen Vermögenswerte denn hergekommen seien, die er verwaltete, erklärte er u.a.: *„Die Juden hatten ja viele Sachen im Koffer mit ins Getto gebracht.“*

Walter Alnor, der Kieler Gebietskommissar von Liepāja, war ab 1950 wieder als Landrat tätig. 1971 wurde er sogar Ehrenmitglied der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte.

Hans Kawelmacher, der Kommandant, der eine schnellere Ermordung der Juden in Libau forderte, war später Oberregierungsrat im Verteidigungsministerium – geschützt durch eine Namensänderung.

Hinrich Lohse, Reichskommissar Ostland, wurde zwar 1948 zu zehn Jahren Haft verurteilt – doch bereits drei Jahre später wieder entlassen, angeblich „haftunfähig“. Er erhielt Sozialleistungen und pflegte bis zu seinem Tod 1964 einen regen Briefwechsel mit seinen ehemaligen Kollegen – um Aussagen abzustimmen.

Während NS-Beamte Renten erhielten, blieben die Opfer über Jahrzehnte ohne jede Unterstützung. Erst 1991 konnten ehemalige KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus Osteuropa erstmals Anträge auf Entschädigung stellen.

Viele schrieben damals Sätze wie: „*Ich habe keine Unterlagen. Nur mein Gedächtnis.*“

Erst im Sommer 2000 – nach langen Debatten – verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft. Für viele Betroffene kam diese Hilfe zu spät. Sowjetische Kriegsgefangene erhielten sogar erst 2015 ein Anrecht auf symbolische Entschädigung.

Was heute besonders schmerzt, ist nicht nur das Erinnern an das erlittene Leid – sondern auch das jahrzehntelange Ausgeblendet-Sein.

Die Geschichte von Tätern und Opfern ist in Deutschland oft eine Geschichte von verzögerter, verdrängter, verweigerter Gerechtigkeit.

Und sie ist näher, als man denkt: In über 3.500 deutschen Städten und Gemeinden gibt es Gräberfelder für mehr als eine halbe Million Menschen aus der Sowjetunion. Viele von ihnen – auch Kinder – starben als Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene unter unmenschlichen Bedingungen in deutschen Lagern.

Erst nach und nach – und vor allem durch zivilgesellschaftliche Initiativen wie AKENS – gelangte das Thema der Mitbeteiligung am Holocaust durch lokale Mittäter und das Schicksal ihrer Opfer in die öffentliche Wahrnehmung.

Es ist dem Engagement solcher gesellschaftlicher, nicht-staatlicher Initiativen zu verdanken, dass diese Geschichte heute sichtbar wird.

Der neue Erinnerungsort AEL Nordmark ist ein wichtiger Schritt – dem hoffentlich weitere folgen.